

— Wir sind im Stande, aus sicherer Quelle anzugeben, daß zur Durchführung des §. 32. unsere Verfassung einstweilen am Seminar zu Ludwigslust eine Kommission eingerichtet ist, bei welcher jeder Mecklenburger, welcher eine Unterrichts- oder Erziehungsanstalt in Mecklenburg zu gründen beabsichtigt, die erforderliche Prüfung zu bestehen und glaubhafte Zeugnisse über die Sittlichkeit seines Lebenswandels vorzulegen hat. Diese Maßregel zeugt zunächst von dem Bestreben unseres Gesamtministeriums, unsere Verfassung möglichst bald zum Nutzen und Frommen des Landes in succum et sanguinem übergehen zu lassen, ohne jedoch der Sanktion eines diesen Punkt betreffenden Gesetzes durch unsere nächste Kammer vorgreifen zu wollen. Meckl. Ztg.

Altona, 10. Nov. Heute kam mit dem Eisenbahnzuge das Gerücht, daß der General Bonin seinen Abschied nachgesucht habe. Inwiefern dies gegründet ist, kann zwar nicht augenblicklich angegeben werden. Thatsache ist jedoch, daß der General nebst seiner ganzen Familie mit dem heutigen Abendzuge ankam; möglicherweise ist seine Ankunft hier eine Bestätigung des vorerwähnten Gerüchts; möglicherweise aber auch nur eine Bestätigung der Erzählung, daß seine Familie den Winter über lieber in Berlin als in Kiel zubringen will, und er sie dahin begleitet. N. fr. Pr.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Nov. Unterm vorgestrigen Datum ist ein königlicher offener Brief erlassen, der die Wahlen zum nächsten ordentlichen Reichstag ausschreibt; die zum Folkething sollen am 4. Dec., die zum Landsting am 29. Dec. vor sich gehen.

Der „Gaedrelandet“ will wieder wissen, es seien Noten von Oestreich und Preußen eingetroffen, welche Unterhandlungen über die Ordnung der Verhältnisse Holsteins in Bezug auf Deutschland verlangen und in Bezug auf Schleswig dem König das Recht geben, ohne fremde Einmischung die Verhältnisse zu ordnen und den Aufruhr zu dämpfen.

Frankreich.

Paris, 10. Nov. Trotz aller beruhigenden amtlichen Erklärungen werden fortwährend Gerüchte von bevorstehenden ernstlichen Ereignissen in Umlauf gesetzt. So heißt es jetzt, daß L. Napoleon das Consulat verlangen werde und zwar durch gemeindeweise Statt findende Abstimmung, wobei die nicht Stimmenden als einverstanden gezählt werden sollen. Man spricht von noch gewaltsamen Absichten, zu deren Ausführung der bekannte Garlier, dem Schuld gegeben wird, unter L. Philippe als geheimer Agent viele blutige Aufstände hervorgerufen zu haben, an die Spitze der Polizei gestellt worden wäre, da der bisherige Polizeipräsident Rebillot sich geweigert hätte, „bis zum Aeußersten zu gehen.“ Sowohl die Legitimisten, als die Republicaner nehmen allerdings die Ernennung Garlier's, eines zwar geschickten und unternehmenden, aber doch nur untergeordneten Agenten, zu dem wichtigen Posten eines Polizeipräsidenten von Paris nur mit Mißtrauen und Unmuth auf und bloß die Organe der Ordnung um jeden Preis ohne politische Parteifarbung zeigen sich mit dieser Ernennung zufrieden. Ein Blatt behauptet, es sei Garlier gelungen, einen sehr compromittirenden Briefe eines früheren Ministers Louis Philipp's, jetzt Mitglieds der Majorität der Nationalversammlung, an den Kaiser von Rußland aufzufangen, und L. Bonaparte habe ihn zur Belohnung für die Mittheilung desselben, zum Polizeipräsidenten gemacht. Man spricht auch von dem Rücktritte des Generals Changarnier aus ähnlichen Gründen, wie die, welche den Polizeipräsidenten Rebillot bestimmt haben, nicht an seinem Posten zu bleiben.

— 10. Nov. Den früheren Plan des Hrn. Bassy, durch eine Anleihe von 200 Millionen einen Theil des voraussichtlichen Deficits zu decken, hat sein Nachfolger völlig aufgegeben, und die Nachricht von diesem Entschlusse der Regierung hat bereits die Fonds bedeutend gehoben. Diese Wirkung dürfte noch mehr durch den Plan gesteigert werden, durch welchen Hr. Fould den Ausfall des Staatsschatzes zu decken hofft. Der Finanz-Minister ist nämlich mit der Bank über ein Abkommen in Unterhandlung — das bereits dem Abschlusse nahe ist, — dem zufolge die Bank sich anheischig macht, die Schatzscheine der Regierung, welche diese für ihre laufenden Bedürfnisse ausstellen wird, zu übernehmen. Die Bank macht auf diese Weise nach und nach einige hundert Millionen, die in ihren Kellern liegen, flott, die Regierung erhält die nöthigen Vorschüsse wenn auch nicht auf einmal, doch unter weit vortheilhafteren Bedingungen, als bei einer förmlichen Anleihe, und der Verkehr wird um denselben Betrag reicher. So auffallend die Vortheile dieser Combination für den Schatz, die Bank und den Verkehr sind, so kann sie doch später bedenkliche Folgen haben. Denn sind erst durch dieses Uebereinkommen der Bank 200 bis 300 Millionen entzogen, ist dadurch der Vorrath auf das gesetzliche Maß herabgesunken, ist in Folge des erhaltenen Anstoßes die Thätigkeit in Handel und Industrie zugenommen, dann nehmen auch nothwendiger Weise

die Ansprüche der letzteren an die Bank zu; es kann somit bei dem unbedeutendsten Anlasse der Markt von den Noten der Bank und den Schatzscheinen der Regierung, welche die Bank zweifelsohne wie ihre Noten in Umlauf setzen wird, überschwemmt scheinen und ein Verlangen nach Einlösung der einen wie der anderen, d. h. eine finanzielle Krise, eintreten. Diese Möglichkeit solcher Folgen können dem Finanz-Minister nicht entgangen sein; ob und wie er ihnen zu begegnen gewußt, darüber läßt sich erst nach genauer Kenntniß aller Elemente seines Planes aburtheilen, — einer Kenntniß wie wir sie bis jetzt noch nicht haben.

— Der Präsident der Republik hat in Betreff der Juni-Insurgenten eine Amnestie erlassen; siebenhundert derselben werden gegenwärtig amnestirt.

Schweiz.

Aus dem Kanton Zürich, 5. November. Die Aufmerksamkeit der Schweizer Presse beginnt jetzt, sich auf die den 12. d. M. zusammentretende Bundesversammlung zu richten. Während die Organe der liberalen Regierungspartei schüchtern, fast kleinlaut, den bedeutungsvollen Punkt berühren, schlagen die Blätter der conservativen Partei einen zuversichtsvollen Ton an. Eine Bundesversammlung, zusammentretend unter dem Einfluß der gegenwärtigen Zustände Europas, zu einer Zeit, wo die politischen Parteien sich überall in zwei feindliche Heerlager, Legitimität und Radicalismus, zu sammeln beginnen, eine unter solchen Constellationen geborene Bundesversammlung könnte am Ende doch einen nicht unbedeutenden Wendepunkt im schweizerischen Nationalleben bilden. Zunächst wird sich die Bundesversammlung mit der Wahl des Bundespräsidenten und des Vicepräsidenten für das Jahr 1850, so wie mit der Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten des Bundesgerichts beschäftigen. Von Gesetzentwürfen, welche zur Berathung kommen werden, nennen wir: Einen Entwurf über die Militärorganisation, ein Gesetz über die Einführung eines schweizerischen Münzfußes, Gesetz über die Stellung der Bundesbehörden und Beamten zu den Kantonen. Von Rechnungen: die über den Sonderbundseldzug, so wie über die Grenzgewachung von 1848. Ferner den Voranschlag der Eidgenossenschaft für 1850, einen Bericht über die Unterstützung der Flüchtlinge u. S. D. P. A. Z.

England.

London, 7. Nov. Gestern hielt die Königin eine Geheimrathssitzung, in welcher die weitere Vertagung des Parlaments vom 20. November bis zum 16. Januar beschloffen wurde. In derselben Sitzung wurde auch eine allgemeine kirchliche Dankagung für die Abwendung der Cholera beschloffen und dieselbe auf den 15. November angesetzt.

Die Nachrichten aus Dublin reichen bis zum 6. November Morgens; bis dahin war kein Bericht von Unruhen an dem besorgten 5. November eingelaufen.

Auch die Chartisten geben wieder Lebenszeichen von sich. Gestern fand eine Versammlung derselben im Kirchspiel Marylebone statt, worin folgende Resolution gefaßt wurde: „Nach der Meinung dieser Versammlung sind die Verhältnisse der Gegenwart äußerst günstig für die Entwicklung einer energischen, entschlossenen, aber friedlichen und gemäßigten Agitation zur Erreichung jener gerechten Verfassung wie sie in der „Vollscharte“ enthalten sind, und von deren Verwirklichung das Wohlfühlen und die Freiheit der arbeitenden Klassen des Vereinigten Königreichs abhängt. Doch erklärt die Versammlung, daß diese Bewegung nicht den Zweck hat, den Fortschritt der Agitation für kleinere Reformen zu hindern, sondern nur dann in der kürzestmöglichen Zeit die vollständige Repräsentation des ganzen Volks im Parlament zu erreichen.“

Das „Daily news“ hat heute wieder mehrere Briefe aus Widdin und Belgrad über das Schicksal der ungarischen Flüchtlinge; der letzte derselben ist aus Belgrad vom 15. Oct. Es geht aus denselben hervor, daß das Loos derselben noch keineswegs entschieden ist, daß sie vom Pascha von Widdin noch immer ängstlich bewacht werden und daß Rußland die türkische Regierung leicht dahin bringen könnte, sie zwar nicht auszuliefern, doch wenigstens durch fernere Gefangenhaltung für Rußland unschädlich zu machen.

— Gestern ward in London nach hergebrachter Weise die Inauguration des neuen Lord-Mayors, Herrn Thomas Farncomb, durch Frühstück, Festzug, Vorstellung im Gerichtshofe der Schatzkammer zu Westminster und großes Festessen in Guildhall gefeiert. Der jährlich Statt findende Festzug ist schwerlich geeignet, die Würde der ersten Magistrats-Person der City von London zu erhöhen. In früheren Zeiten mag er an der Stelle gewesen sein; jetzt macht er nur den Eindruck eines Fastnachts-Spieles. An dem Festmahle nahmen etwa 900 Personen Theil. Von den Ministern waren Lord John Russell, der Graf Grey, der Graf von Clanciarde und Viscount Palmerston anwesend. Das diploma-